

sondern 80 Prozent Einkommensteuer zum Zwecke der Finanzierung der Beamteneinbehaltungsbekämpfung gegeben werden sollen, so wird der Bürgerblock auch darüber eine Verständigung finden. Der Reichsbannerkommerad Köhler wird nicht verlegen sein, neue Steuerentwürfe auf Kosten der Besitzlosen vorzubereiten.

Wenn die Sozialdemokraten jetzt eine Interpellation und Anträge einreichen, so sehen sie damit nur ihre Scheinopposition fort, um den Massen draußen einen „Kampf“ gegen den Bürgerblock vorzutäuschen, den sie in Wahrheit gar nicht führen, da sie durch ihre Koalitionspolitik in Preußen, Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg usw. mit den bürgerlichen Parteien, insbesondere mit dem Zentrum, völlig verflochten sind.

Die kommunistische Reichstagsfraktion wird natürlich gegen eine Beratung des Reichstages über die Schulgesetzgebung erheben und die Beratung ihrer Interpellationen und Anträge zur Unmöglichkeit machen, zum Wohnungselend, zur Erhöhung der Sozialrenten, der Löhne der Reichs-, Staats- und Gemeindegeldarbeiter, ferner eine Besprechung der ungeheuerlichen Gerichtsverurteilung gegen gewerkschaftliche Streikführer und schließlich auch eine Erörterung der neuparlamentarischen Außenpolitik Stresemanns verlangen.

Alles das wird der Bürgerblock ablehnen.

Der Ruf nach Auflösung dieses Reichstages muß draußen ein immer stärkeres Echo finden. Je mehr der Bürgerblock die Interessen der überwiegenden Mehrheit der deutschen Volksmassen mit Füßen tritt und keine Interessenpolitik für Großindustrie, Finanzkapital und Junkertum brutal und grausam führt, je mehr dieser Bürgerblock auf eine neue deutsche imperialistische Kriegspolitik hinarbeitet, desto stärker muß draußen von den arbeitenden Massen der Kampf gegen diesen Bürgerblock aufgenommen werden.

Konflikt in der Zigarrenindustrie

Wie aus heute morgen mitgeteilt wird, befinden sich die Leipziger Zigarrenarbeiter in einer Streikbewegung. In einigen Betrieben ist die Belegschaft bereits im offenen Kampf. Da sich die Belegschaft nicht bereit erklärt, die Arbeit wieder aufzunehmen, sind die Unternehmer dabei, auf der ganzen Linie zur Aussperrung überzugehen.

Die Dresdener Zigarrenfabrikanten haben sich den Anweisungen des Unternehmensverbandes gefügt und in ihren Betrieben folgende Anschläge angefertigt:

Gesamtlündigung
Da in Leipzig bei der Firma Baskhe die Sortierer, Riffenmacher und Fertiger der Zigarren in den Streik getreten sind, sind wir laut Beschluß des RdZ (Reichsverbandes der

Der Petroleumkrieg gegen Sowjetrußland

Die Hintergründe des Kampfes gegen Katowski — Die Sowjetunion kämpft unerschütterlich für den Frieden
Paris, 15. Oktober. (U.)

Unter Vorsitz von Sir Henry Deterding fand am 12. Oktober in Paris eine Versammlung der früheren russischen und ausländischen Besitzer von Petroleumunternehmen in Rußland statt. Die Versammlung beschloß einstimmig den im vorigen Jahre gefassten Beschluß, den Verkauf von Naphtha und Naphthaerzeugnissen durch die Sowjetregierung sowie diesen Verkauf auf dem Weltmarkt mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Vor einigen Tagen brachten wir schon in unserer Wirtschaftlichen Rundschau Informationen über das Anwachsen der russischen Naphthaexportation und die gesteigerte Ausfuhr. Durch das Ausstreuen des russischen Petroleums auf dem Weltmarkt werden die Preise für Petroleum und Öl gesenkt. Dort liegt die Ursache des erbitterten Kampfes der Pariser Oelmagnaten gegen Katowski. Nicht die Person, sondern die Sowjetunion sollte getroffen werden. Frankreich sollte zum Abbruch mit der Sowjetregierung kommen. Damit wäre die Kriegefront gegen Rußland verbreitert, Frankreich sei in dieselbe einbezogen worden. Die Sowjetunion hat diesen Schlag pariert. Sie hat wieder einmal bewiesen, daß sie gewillt und bereit ist, den Frieden unter allen Umständen zu verteidigen.

Die Abberufung Katowskis

Die Sowjetregierung hat ihren Pariser Botschafter Katowski abberufen.

Die Note Tschitscherins, die diese Abberufung mitteilt, läßt keinen Zweifel über die Motive der Sowjetregierung zu diesem Schritt. Aufs neue demonstriert die Regierung des Arbeiters und Bauernstaates vor der ganzen Welt, wie eine für den Frieden und den sozialistischen Aufbau verantwortliche Regierung auf Provokationen und Erpressungsversuche der imperialistischen Eliten antwortet. Katowski wird abberufen, um der Regierung Poincaré den Vorwand zu nehmen, mit dem sie sich auf den Weg ihres englischen Vorbildes begeben wollte. Vor der ganzen Welt stellt die Sowjetregierung die Verantwortung dafür fest, daß eine beispiellose Hehe der den englischen Del-Kapitalisten und ihrem französischen Verbündeten willkürlichen Presse und einflussreichen Drahtzieher im Lager der Bourgeoisie Frankreichs einen Botschafter der Sowjetunion aus Frankreich vertrieb, der im Laufe mehrerer Jahre im Interesse der guten Beziehungen beider Staaten, und insbesondere im Interesse der französischen Werttätigen und breiter Schichten des Kleinbürgertums für diese guten Beziehungen gewirkt hat. Die Note Tschitscherins macht in klarer Sprache die Regierung Poincaré dafür verantwortlich, daß sie sich zum Verleugern der Kapitalistenclique hergegeben hat, die nach England auch Frankreich zum Bruch mit der Sowjetunion treiben wollte. Diese Regierung, eine Koalition der Führer des Nationalblocks, des französischen Bürgerblocks und des Einheitsblocks, der französischen Demokraten und Sozialisten, die Regierung Poincaré-Herriot, hat unter dem Druck der Bankiers kapituliert, die in der dritten Republik bisher jedes imperialistische Abenteuer auf dem Gewissen hat. Der Haupttreiber in der Katowski-Hehe war der Verwaltungsrat der offiziellen Nachrichten-Agentur Frankreichs, Havas, war Horace Finaly. Dieser Finaly ist Präsident der Pariser-Niederländischen Bank, der Bank, die aufs engste verbunden ist mit den Del-Interessen der englisch-niederländischen Gruppe, der Shell-Compagny, der Bank, die die Hauptinteressen der Ausbeuter-Konzerne der französischen Kolo-

Wir werden unsere Toten nicht vergessen!

Gedenkt der Opfer von 1923! Heraus zur Gedenkfundgebung am 23. und 24. Oktober

Oktober 1923. Mit Zustimmung und auf Beschluß des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert und des Innenministers Solfmann (SPD) rückt die Reichswehr in Sachsen ein. Die Kapitalisten pöbeln den brutalsten und gemeinsten Raub an den Erparnissen der kleinen Leute, an Arbeitskraft und Gesundheit des Proletariats. Die Inflation ist in vollem Gange, die Arbeitslosigkeit riesengroß. Die Erkränkungen des Proletariats steigen. Hunger und Elend rafft die Proleten dahin. Jahrelange Not drückt die arbeitende Bevölkerung. Die Todesfälle an der proletarischen Krankheit nehmen zu. Es starben an Tuberkulose im Oktober 1920: 147 Personen, 1921: 136 Personen, 1922: 171 Personen, 1923: 193 Personen. Die Kinder des Proletariats litten bittere Not. Nach einer Aufstellung des Jugendamtes kamen in Dresden 700 Kinder zur Schule, ohne etwas essen zu haben. Viele hatten nur ein Stück Rohrzucker, eine halbe Kartoffel, oder eine Rübe gegessen. Gegen 900 Kinder kamen nicht zur Schule, weil sie nichts gegessen hatten. Von insgesamt 52.538 Kindern hatten 2000 keinen Kaffee, 1931 kein Schulfleiß und keinen Kaffee, 533 hatten nichts zu essen und blieben der Schule fern, 1618 lernte Feuerwerk und deswegen seit Tagen kein warmes Essen. Viele Kinder hatten kein Hemd und keine Strümpfe, manche liefen im Winter barfuß. Die Empörung der Massen steigerte sich von Tag zu Tag. In Sachsen war eine Mehrheit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Hier einigten sich die Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen die Ausraubung, Ausbeutung, den Hunger und die Not. Breite, wuchtige außerparlamentarische Massen Demonstrationen gegen die kapitalistische Gesellschaft fanden statt. Immer härter wurde der Wille der Massen, Schluß zu machen mit der kapitalistischen Ordnung. Die KPD stand an der Spitze der Massenbewegungen.

Unter dem Druck der Arbeitermassen wurden die „linken“ SPD-Führer auch zu einer aggressiven Haltung gedrängt. Dann aber, als die Konturrevolution zum Schlage ausstufte, ließen die SPD-Führer Verrat. Feigheit, damals Ministerpräsident, kapituliert vor Geht. Graue kämpfte gegen den Streik und

den Kampfwillen der Arbeiter. Ebert schickte die Reichswehr gegen Sachsen. Die SPD-Führer lehnten den Generalfreist ab. Die schabierten selbst die Durchführung der Proteststreiks. Die Reichswehr hielt ihren Einzug in Sachsen. Der militärische Einzug wurde in vollem Umlauf zur Geltung gebracht. 39 Tote, 86 Verwundete, 845 Gefangene und 108 Mißhandlungen zeigten den Weg der Niederwerfung der sächsischen Arbeiter. 23 Truppenteile waren gegen Sachsen eingesetzt: 13 Infanterieregimenter, 3 Kavallerieregimenter, 1 Jäger-Regiment, 2 Artilleriekompanien und 1 Kraftfahrtruppe. Außerdem hatte man schwarze Reichswehr und Studenten mobilisiert.

Die meisten Todesopfer hat Freiberg gehabt. Dort trafen die Arbeiter am 26. Oktober gegen den Einmarsch der Reichswehr in den Generalfreist. Gerade deswegen, weil hier die Arbeiter kampfbereit waren, ging die Reichswehr hier mit besonderer Schärfe vor. Am 27. Oktober wurde in einer versammelten Menge geschossen; 19 Todesopfer waren die Folge. Kurze Zeit darauf wurde von einem Reichswehrauto wieder in eine Menge geschossen. Wieder blieben 8 Tote auf dem Platz, 34 Tote und eine große Anzahl Verletzte waren die Opfer in Freiberg.

Für den Kampf des Proletariats sind sie gefallen, Opfer des Befreiungskampfes der proletarischen Bewegung, sind sie eingedrungen in unsere Herzen.

Wir werden unsere Toten nicht vergessen.

Wie alljährlich, so ruft auch jetzt die KPD auf zur Massenfundgebung zum Gedenken der Toten.

Noch herrscht die Reaktion, noch erhebt sie ihr Haupt, aber in unseren Herzen leben die Toten für die Freiheit des unterdrückten Proletariats. Unser Aufmarsch wird unser Bekenntnis, ihr Wert fortzusetzen.

Heraus zum Massenaufruf am 23. und 24. Oktober in Freiberg!

Zigarrenindustrie vom 10. Oktober 1927 gezwungen, unserer Belegschaft zum 28. Oktober die Kündigung zum Zwecke der Aussperrung zu unterbreiten. Gesamtverband der RdZ.

Die Zigarrenarbeiter müssen diese Maßnahme der Unternehmer mit der unbedingten Solidarität mit ihren Leipziger Kollegen beantworten. Die Absicht des RdZ muß zunichte gemacht werden.

Wissel wirft den Brauereiarbeiterstreik ab

Berlin, 15. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Brauereiarbeiterstreik soll gleich dem Straßenbahnerstreik jetzt abgezwängt werden. Nachdem die streikenden Brauereiarbeiter in der letzten Urabstimmung wiederum mit überwältigender Mehrheit ihren Kampfwillen gegen die erbärmliche Schiedsrichtersprache bekräftigt hatten, drohte der Schlichter

Die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen

Berlin, 14. Oktober. (Telunion.)

Der am 11. d. M. einstimmig gefasste Schiedsspruch ist, nachdem von Arbeitgeberseite die Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedsspruches beantragt worden war, heute durch den Schlichter von Groß-Berlin, Minister a. D. Wissel, für allgemein verbindlich erklärt worden, nachdem auch vorherige Verhandlungen des Schlichters mit beiden Parteien zu einer Einigung nicht geführt hatten. Die Funktionäre der Streikenden nehmen heute, Sonnabend, zu der geschaffenen Lage Stellung. Minister a. D. Wissel hat die Parteien nach Verkündung der Verbindlichkeitsklärung eindringlich auf die sich bei etwaiger Fortsetzung des Streikes ergebenden Rechtsfolgen hingewiesen.

Tschitscherins Note

Rußland weiß die Vorwürfe Frankreichs zurück

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, erklärt die Sowjetregierung in der dem französischen Botschafter in Moskau überreichten Note auf die Forderung Frankreichs nach Abberufung Katowskis, das Recht Frankreichs nach Abberufung des Botschafters eines ausländischen Staates nicht leugnen zu wollen. Eine derartige Forderung müsse aber ernsthaft begründet sein. Die Sowjetregierung könne sich aber die in der französischen Note aufgeführten Argumente nicht zu eigen machen. Die in der Note aufgeführten Tatsachen seien keineswegs von beiden Regierungen ernsthaft bestritten mit dem Erfolge, daß die französische Regierung sich durch die Erklärungen Tschitscherins für befriedigt erklärt habe. Ebenso habe Katowski die ihm überreichte unterzeichnete Note und Absichten als unverständlich mit den Funktionen eines Botschafters bezeichnet und zurückgelehnt. Die Sowjetregierung lehne sich aber aus Willkürsgründen zu bewegen, Katowski seiner Funktionen als französischer Botschafter zu entheben und ihm einen Nachfolger zu ernennen.

Die Haltung der Sowjetunion ein Beweis für den Friedenswillen

Frankreich behält den neuen Botschafter

Paris, 15. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Zu dem Entschluß der Sowjetregierung, Katowski abberufen zu schreiben die Humanität: „Andere Großen in Moskau haben einen neuen Beweis für den Friedenswillen gegeben. Katowski hat die Gelegenheit benützt, um der kapitalistischen Heuschreck die Waise abzugeben. Die Forderung der Abberufung Katowskis war der erste Schritt zum Bruch, doch die Sowjetregierung ist nicht in diese Falle gegangen.“

Wie U. aus Paris meldet, hat die französische Regierung beschlossen, das Agreement für den neuen russischen Botschafter Domogolewski zu erteilen.

Achtung! Arbeiterkorrespondenten!

Ausschließlich an den Noten Pressetag findet in der Reichsgruppe eine Sitzung der Arbeiterkorrespondenten statt. Jede Ortsgruppe, zum mindesten jedes Arbeitsgebiet muß seinen Korrespondenten entsenden.

Für Dresden sind alle Zeilenkorrespondenten zum Erscheinen verpflichtet.

Für die auswärtigen Korrespondenten trägt der Verlag das Fahrgeißel. Jedoch ist Voraussetzung, die tatsächliche Mitarbeit an der Zeitung.

Witterungsaussichten für die Zeit von Sonnabend den 15. bis Sonntag den 16. Oktober. Teils etwas aufklärend, teils, besonders in der Nacht und in den Morgenstunden, örtliche Trübung durch Nebel oder Hochnebel. Nachts sehr kühl bis zu Robenfrost. Tagsüber im Flachland kühl bis gemäßig, im Gebirge anhaltend kühl. Schwache bis mäßige Winde aus nördlichen Richtungen.

MAGGI Würze

hilft Fleisch sparen.

Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI Würze.

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen zu Mark 6.50

